



Protokoll Wasserforum Bayern 2013

Augsburg, 07.03.2013

I Wasserrahmenrichtlinie (WRRL)

- *Begrüßung (Prof. Dr.-Ing. Martin Grambow)*
- *Vortrag „Stand der Umsetzung der WRRL in Bayern und nächste Schritte“ (Dr. Klaus Arzet, StMUG)*

Ende 2009 sind gemäß der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie Maßnahmenprogramme aufgestellt worden, um die an Bayerns Gewässern festgestellten Defizite zu beheben. Der Vortrag informierte in kurzer Form über den nach drei Jahren erreichten Zwischenstand. Die wichtigsten Ergebnisse des Zwischenberichts 2012 zur Umsetzung der Maßnahmenprogramme wurden vorgestellt und die weiteren Schritte der Maßnahmenumsetzung erläutert. Zudem wurden Möglichkeiten der Öffentlichkeitsbeteiligung im Umsetzungsprozess angesprochen. (Weitere Informationen siehe auch Faltblatt „Bayerns Gewässer im Fokus“ unter www.bestellen.bayern.de)

- *Vortrag „Auswertung der aktuellen Bewirtschaftungspläne durch die EU-Kommission“ (Dr. Ursula Schmedtje, LfU)*

Im November 2012 wurde von der Europäischen Kommission der Bericht zur Auswertung der aktuellen Bewirtschaftungspläne veröffentlicht. Im Vortrag wurde ein Überblick über die wichtigen Ergebnisse in den Mitgliedsstaaten gegeben. Belastungen und Zustand der Oberflächengewässer, der Zustand des Grundwassers, die Bewertung der Maßnahmenprogramme sowie die geplante Zielerreichung und Anwendung von Ausnahmen wurden angesprochen. Als Fazit wurde zusammengefasst, dass der Kenntnisstand über den Zustand der Gewässer in Europa durch die Umsetzung der WRRL erheblich verbessert worden ist und der ökologische Ansatz in ganz Europa Eingang in die Bewirtschaftungsplanung gefunden hat. Allerdings konnten neben anderen Defiziten insbesondere in der Ausarbeitung der Maßnahmenprogramme Schwachstellen identifiziert werden. (Weitere Informationen siehe http://ec.europa.eu/environment/water/participation/map_mc/map.htm)

Diskussion und Aussprache

Schnell (Landesfischereiverband Bayern)

Fragen nach dem Umgang mit Maßnahmen im Hinblick auf Wasserkraft/ Restwasser Altrechte WHG § 35, den rechtlichen Regelungen im EEG und zu Maßnahmen der Landwirtschaft (Ge-

wässer- und Bodenschutz), insbesondere Gewässerrandstreifen (Freiwilligkeit, Kauf, Finanzierung von Agrarumweltmaßnahmen).

Arzet (StMUG)

Konzepte zur Verbesserung der Durchgängigkeit der Fließgewässer wurden aufgestellt; die koordinierte Umsetzung von Maßnahmen gestaltet sich - wegen der Konzentration auf wenige Ansprechpartner seitens der Wasserkraft – an den großen Fließgewässern einfacher als an den zahlreichen, kleineren.

Der Restwasserleitfaden wird fortgeschrieben werden; dabei werden die unterschiedlichen Interessengruppen eingebunden.

Ermutigende Best-Practice-Beispiele bei den WWA können den Weg für Verbesserungen hinsichtlich Durchgängigkeit / Restwasser weisen.

Zu Gewässerrandstreifen ist darauf hinzuweisen, dass die Wasserwirtschaft seit Jahren den Grunderwerb geeigneter ufernaher Grundstücke verfolgt; dem steht eine sehr eingeschränkte Flächenverfügbarkeit entgegen.

Malcharek (StMELF)

Agrarumweltmaßnahmen (KULAP) dürfen auf Grund von WTO-Bestimmungen keine Anreizkomponente enthalten, sondern nur den Mehraufwand bzw. die zusätzlichen Kosten für ökologische Maßnahmen entschädigen; je nach aktuellen Marktpreisen können die Prämien zeitweise zu niedrig sein, sodass die Akzeptanz leidet.

Die Landwirtschaft ist sich ihrer Verantwortung bewusst; KULAP Maßnahmen zum Gewässerschutz werden kontinuierlich angeboten. Die verfügbaren Mittel sind jedoch beschränkt und werden voraussichtlich in der kommenden GAP-Förderperiode eher weniger.

Im Augenblick zögern Landwirte, Flächen zu verkaufen. Dies kann im Zusammenhang mit der Diskussion über ökologische Vorrangflächen stehen, die in der nächsten GAP-Förderperiode ab 2014 bereit gestellt werden müssen (sog. „Greening“, das ab 2014 in der 1. Säule evtl. enthalten sein wird, unter Umständen mit 7 % ökologischer Vorrangfläche).

Ab 2014 beginnt die neue Förderperiode, die alte Förderung läuft aus. Bayern wird voraussichtlich für freiwillige Maßnahmen weniger Fördermittel bekommen. Gewässerrandstreifen sind durchaus im Bewusstsein der Landwirte. 2013 werden nochmals alle wasserrelevanten Maßnahmen im KULAP angeboten werden. Daran sieht man, dass sich die Landwirtschaft ihrer Verantwortung bewusst ist und diese annimmt. Man muss hier also abwarten und nach 2014/2015 sehen, wie sich die Situation entwickelt. Neue Perspektiven sind möglich und sogar erforderlich. Die Wasserberater sind unterstützend tätig.

Paukner (Arbeitsgemeinschaft der bayerischen Fluss-Allianzen; Donau-Naab-Regen-Allianz)

Frage zur Klärung der Zuständigkeiten für die Umsetzung der WRRL an Bundeswasserstraßen: Ungeklärte Zuständigkeiten drohen zu Verzögerungen bei der Umsetzung von ökologischen Maßnahmen zu führen. Forderung nach rascher Klärung der Verantwortlichkeiten.

Frage nach ausreichendem Personal bei der Bundeswasserstraßenverwaltung nach der Strukturreform.

Frage nach Fortführung der Freiwilligkeit bei der Umsetzung landwirtschaftlicher Maßnahmen; Wahrnehmung ist, dass derartige Maßnahmen zu wenig umgesetzt werden und zu wenig bewirken. Zielerreichung 2027 könnte dadurch in Frage gestellt werden.

Grambow (StMUG)

Zu Bundeswasserstrassen: Die Zuständigkeit bzgl. Ausbaumaßnahmen ist nach wie vor ungeklärt; das Bewusstsein für die Problematik ist vorhanden, eine Lösung wird gesucht.

Unstrittig ist, dass an der Bundeswasserstraße Donau Unterhaltungsmaßnahmen von der WSV umgesetzt werden.

Beckmann (WSD Süd)

Für Maßnahmen zur Herstellung der Durchgängigkeit für flussaufwärts gerichtete Wanderungen ist ein Priorisierungsprogramm des Bundes vorhanden. Am Main wurden viele ökologische Maßnahmen bereits durchgeführt. Zur Personalfrage und zu zukünftigen Strukturen der WSV ist derzeit im Detail keine Aussage möglich.

Malcharek (StMELF)

Zur Zielerreichung im Bereich Landwirtschaft: der Weg der intensivierten Beratung ist erfolgversprechend. Die Bereitschaft bei Landwirten, Maßnahmen zum Gewässerschutz durchzuführen, ist gegeben, allerdings ist eine ausreichende finanzielle Kompensation (durch KULAP) erforderlich; ausreichende Zeiträume sind vorzusehen.

Das Prinzip „Freiwilligkeit vor Ordnungsrecht“ wird grundsätzlich vom Landwirtschaftsministerium weiter verfolgt. Das Bayerische Wassergesetz bietet jedoch schon heute die Möglichkeit, von der Freiwilligkeit abzuweichen.

Über die Beibehaltung oder Aufgabe des Prinzips „Freiwilligkeit vor Ordnungsrecht“ ist eine politische Entscheidung erforderlich.

Schönauer (BUND Naturschutz Bayern)

Grundsätzlich werden Umsetzungsdefizite in den vorgegebenen Zielen der WRRL gesehen. Insbesondere die Freiwilligkeit bei der Umsetzung landwirtschaftlicher Maßnahmen hat zu keinerlei nachhaltigen, bzw. signifikanten Erfolgen in der Reduzierung der Nitratbelastung geführt. Die Beratung der Landwirte wird nicht nur von den Vertreterinnen und Vertretern der Naturschutzverbände als nicht zielführend oder ausreichend angesehen. Es werden konkrete Zahlen vermisst, z. B. zum Thema KULAP (beantragte, ausgezahlte Ausgleichszahlungen für landwirtschaftliche Flächen) und gezielt festgestellte Maßnahmenwirkung.

Fortschritte werden offenbar leider nur erzielt, wenn sich Verbände oder Bürger engagieren.

Grambow (StMUG)

Die Bewegung von Dingen durch Proteste und demokratische Voten werden positiv gesehen. Klare Signale (z. B. Lech, Salzach, Landwirtschaft) sollten jedoch auch als solche wahrgenommen werden.

Grundsätzlich ist Freiwilligkeit zu bevorzugen, jedoch ist aus wasserwirtschaftlicher Sicht die Maßnahmenumsetzung in bestimmten Bereichen zu verbessern.

Malcharek (StMELF)

Zur Maßnahmenumsetzung im Bereich Landwirtschaft gibt es Zahlen: jährlich ca. 170 Mio. € KULAP-Mittel; Umsetzung von Maßnahmen, die dem Gewässerschutz zugeordnet werden können auf ca. 600.000 ha.

Zum Gedanken der Freiwilligkeit: im WHG steht ein 5 m Umbruchverbot auf Grünland, mit dem BayWG wurde davon abgewichen. In Bayern sollen durch freiwillige Maßnahmen auch auf Ackerland Gewässerrandstreifen zwischen 10 m und 30 m erreicht werden.

Schweiger (Vereinigung Wasserkraftwerke in Bayern e.V.)

Anmerkung zum Vortrag von Frau Dr. Schmedtje:

Es gibt zwei interessante Punkte:

- 1) Kompetenzen in der Verwaltung sind notwendig.
- 2) Internationale Zusammenarbeit wurde positiv bewertet.

Frage nach der Berücksichtigung / dem Gewicht des Energieproblems gegenüber dem Wasserproblem.

Arzet (StMUG)

Der Dialog wird mit allen gesucht. Es gibt ein ähnliches Forum, an dem die Wasserkraftbetreiber und Verbänden teilnehmen. Interessenvertreter und Verbände werden auch künftig in die Entwicklung von Papieren eingebunden, beispielsweise bei der Entwicklung des Restwasserleitfadens.

Schwäricke (BUND Naturschutz in Bayern)

Hinweis darauf, dass Wassernutzungsentgelte außer in Bayern, Hessen und Baden-Württemberg überall in Deutschland erhoben werden; Verursacher von Problemen sollten die dadurch entstehenden Kosten übernehmen.

Frage nach dem Stand des Verfahrens seitens der EU-Kommission gegen Deutschland zur richtigen Auslegung des Begriffs der Wasserdienstleistungen.

Grambow (StMUG)

Aussagen im „Blueprint“ zur Privatisierung der Wasserrechte sind ein Frontalangriff auf die Allmende. Wird Wasser einem Preis zugeordnet, steht einer Privatisierung des Gutes Wasser

nichts mehr entgegen. Dies wird von den Wasserdirektoren als Vorstufe der Privatisierung gesehen.

Nicht-materiellen Gütern kann kein materieller, monetärer Gegenwert beigeordnet werden. Auch die Ressource Wasser wird vermutlich nie vollständig in Geld auszudrücken sein.

Eine Wassernutzungsgebühr wird in Bayern bei der Abwasserabgabe erhoben und für die (große) Wasserkraft.

Beim EU-Vertragsverletzungsverfahren hat Bayern sich der Position des Bundes angeschlossen.

Renner (Bayerischer Kanuverband)

Statement zur Situation an der Itz (Verordnung über eine Fischereischutzzone des LRA Coburg)

Anmerkung, dass das Thema Freizeit- und Erholungsnutzung bei der WRRL-Umsetzung in Bayern zu wenig abgebildet ist. Die Sozialfunktion der Gewässer sollte aber berücksichtigt werden.

Lintzmeyer (Verein zum Schutz der Bergwelt e.V.)

Anmerkungen zu Thema Wasserdienstleistungen, Vertragsverletzungsverfahren. Soweit keine Wassernutzungsgebühren erhoben werden, sollte keine Fristverlängerungsbegründung „Kein Geld/Geldmangel“ lauten

Schmedtje (LfU)

Die EU hat einen sehr weiten Begriff der Wasserdienstleistungen und bezieht auch ökosystemare Dienstleistungen ein.

Das Urteil des EuGH muss vorerst abgewartet werden; Deutschland ist aber nicht alleine mit seinem Standpunkt, es sind auch andere Mitgliedstaaten unserer Auffassung.

Juristische und ökonomische Fragestellung sind gegebenenfalls beim nächsten Wasserforum zu thematisieren.

Grambow (StMUG)

Einnahmen für Wasserdienstleistungen würden nicht automatisch im Bereich der Wasserwirtschaft und der Maßnahmenumsetzung landen.

Die aktuellen Gelder für Investitionen (40 Mio. € pro Jahr für die WRRL-Umsetzung) kommen aus dem allgemeinen Haushalt; die Etat-Verantwortlichkeit für die Verwendung der Gelder liegt beim Landtag.

Schönauer (BUND Naturschutz Bayern)

Hinweis: Die Begründung „Geldmangel“ als Fristverlängerungsbegründung ist angesichts der Milliardenzahlungen der EU an die Landwirtschaft eine Ausrede, die bei Umsetzung der in der WRRL geforderten Wasserdienstleistungen und in der politischen Diskussion weniger greifen würde, egal ob das Geld aus Wasserdienstleistungen direkt in die Wasserwirtschaft oder den Landeshaushalt fließen würde.

Haas (StMUG)

Dieses Thema nehmen wir mit für das nächste Wasserforum, um die aufgeworfenen juristischen und ökonomischen Fragestellungen zu klären.

Reich (Dt. Alpenverein)

Frage, inwieweit die Kritik der EU an zu unspezifischen Maßnahmenprogrammen auch für Deutschland gilt.

Frage nach den Beteiligten und dem Fertigstellungstermin für die Restwasserleitfadenfortschreibung.

Schmedtje (LfU)

Die EU wünscht Wasserkörper-spezifische Aussagen, insbesondere z. B. zur Begründung von Fristverlängerungen; dies trifft auch für Deutschland zu.

Haas (StMUG)

In die Aktualisierung des Restwasserleitfadens werden alle Betroffenen, u.a. Naturschutzverbände und Wasserkraftbetreiber einbezogen; ein Fertigstellungstermin kann nicht vorausgesagt werden.

Orschler (Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft)

Die Internalisierung von Umweltkosten würde dazu führen, dass z. B. von den Wasserkraftbetreibern kein Geld mehr für Fischpässe bereitgestellt wird, da der entstandene Eingriff durch die zu entrichtenden Abgaben abgegolten wäre. Bei der Festlegung von Abgaben müsste die Mehrfunktionalität der Staustufen und Wehre (z. B. im Zusammenhang mit Europareservatenschutz und der HWRM-RL) beachtet werden. Eine prozentuale Abschöpfung des Gewinns über eine eventuelle Wassernutzungsabgabe – sofern sie eingerichtet wird – muss gerecht und unter Berücksichtigung aller Wassernutzer erfolgen.

- Vortrag *“Der Weg vom Maßnahmenprogramm bis zur Erfolgskontrolle von hydromorphologischen Maßnahmen – Beispiel Mangfall“* (Hr. Dr. Thomas Bittl, WWA Rosenheim, Dr. Folker Fischer, LfU)
 1. Teil (Dr. Thomas Bittl): Im natürlichen Zustand war die Mangfall gekennzeichnet durch Furkationsstrecken mit Nebenarmen und Umlagerungen des Gewässerbettes. Die strukturelle Vielfalt spiegelte sich in der Fischfauna wider, die 20 Arten aufwies. Davon wurden aber beim Monitoring für die Wasserrahmenrichtlinie nur noch sieben Arten nachgewiesen, so dass das ökologische Potenzial der unteren Mangfall nur als unbefriedigend bewertet wurde. Ursache dieser Bewertung sind vor allem fehlende Durchgängigkeit, geringe Habitatvielfalt, fehlende Ausweichmöglichkeiten bei Hochwasser, aber auch Wasserentnahmen zur Wasserkraftnutzung. Das Maßnahmenprogramm setzt an diesen Defiziten an. Konkretisiert wird das Maßnahmenprogramm durch das Umsetzungskonzept, in dem die Einzelmaßnahmen verortet sind und hinsichtlich ihrer Wichtigkeit für die Zielerreichung priorisiert werden. Das Umsetzungskonzept stimmt auch die für die Zielerreichung notwendigen Maßnahmen, von denen einige bereits umgesetzt wurden, mit den Belangen des Hochwasserschutzes ab.
 2. Teil (Dr. Folker Fischer): Erfolgskontrollen werden bei allen bedeutenderen Maßnahmen durchgeführt. Einige dieser Maßnahmen werden exemplarisch besonders intensiv untersucht. Dazu gehören auch die im ersten Teil des Vortrags von Herrn Dr. Bittl vorgestellten hydromorphologischen Maßnahmen an der Mangfall. In dem betreffenden Bereich der Mangfall wurden 2011 zeitgleich 10 biologische Untersuchungen vorgenommen. Die Auswertung erfolgte mit den Methoden und Bewertungsverfahren nach EG-Wasserrahmenrichtlinie. Im Vortrag wurde am Beispiel der Mangfall die Wirkung von Maßnahmen auf die Bewertung durch die Qualitätskomponenten Makrozoobenthos, Makrophyten und Phytobenthos sowie der Fischfauna erläutert. Für die Mangfall ergab die Erfolgskontrolle eine positive Wirkung der durchgeführten Maßnahmen. Dies zeigten insbesondere die Biokomponenten Makrozoobenthos und Fische an.

Diskussion und Aussprache

Renner (Bayerischer Kanuverband)

Die Umgehungsstrecke ist gut gelungen. Wie sieht es in diesem Bereich mit dem parallel verlaufenden Hauptgewässer der Mangfall aus, das dort, wegen der Staustufen, nicht durchgängig ist?

Bittl (WWA RO)

Die Abstürze dieser Strecke wurden erst zurück gestellt, da die Durchgängigkeit an dieser Stelle durch das Rinnensystem des Umgebungsgewässers hergestellt wurde. Es gibt im Wasserkörper Abstürze mit höherer Priorität, z. B. wo Seitengerinne angeschlossen werden können. Allerdings gilt hier auch: aufgehoben ist nicht aufgeschoben.

[Nachträgliche Anmerkung: Durch das Hochwasser an der Mangfall im Juni 2013 hat sich in einem längeren Abschnitt des Rinnensystems sehr viel Geschiebe abgelagert, so dass die

Durchgängigkeit derzeit nicht gegeben ist. Dieser Bereich muss deshalb im Hinblick auf die Herstellung der Durchgängigkeit neu bewertet werden]

Renner (Bayerischer Kanuverband)

Gibt es Bestrebungen, den schlechten Zustand der Kraftwerke in Müller am Baum an der Mangfall zu beheben? Ab dem Tegernsee ist die Durchgängigkeit auch problematisch.

Allgemein wird angeregt, die Gestaltungsmerkmale Buhne und Sporne in der Wasserwirtschaft stärker einzusetzen.

Bittl (WWA RO)

Durchgängigkeit soll hergestellt werden. Dies liegt nicht nur in der Hand des WWA alleine.

Buhnen werden als Störelement für Strömungsdiversität durchaus eingesetzt, zu sehen auch am Beispiel Mangfall.

Becker

Die Wasserwirtschaftsverwaltung ist keinesfalls gegen Buhnen, hier sind keine Vorbehalte gegeben. Dieses Strukturelement und Gestaltungsmerkmal wird durchaus sinnvoll genutzt. Besonders das WWA Rosenheim war hier ein Vorreiter; andere Wasserwirtschaftsämter haben in der Praxis bayernweit nachgezogen.

Becker

Ist die Artenvielfalt in den natürlichen/naturnahen Bereichen abhängig von der Strömungsvarianz oder der Strömungsgeschwindigkeit?

Fischer (LfU)

Es konnte festgestellt werden, dass in den naturfernen Bereichen sowohl eintönigen Strömungsverhältnisse (also eine geringe Strömungsvarianz) als auch geringe Strömungsspitzen erreicht werden, in den naturnahen Bereichen hingegen eine hohe Strömungsvarianz mit hohen Maxima. Diese Tatsache prägt ganz wesentlich die Artenvielfalt in den natürlichen/naturnahen Bereichen und fördert insbesondere die strömungsliebenden Arten.

Knopp (BUND Naturschutz in Bayern e.V. , Kreisgruppe RO, Mangfall-Allianz)

Ist nicht die Wassermenge im Mangfallkanal bzw. das Restwasser von Bedeutung? – Ist die Wassermenge in der Mangfall ausreichend?

Bittl (WWA RO)

Bezüglich der Restwasserdotation in der Mangfall besteht Gesprächsbedarf.

Henschel (LfU)

An allen 10 Messstellen wurde für das Makrozoobenthos Modul Degradation eine gute Bewertung erzielt, trotz der Abstufung des Grades der Natürlichkeit in 4 Klassen. Bedeutet das, dass man hier genauer, tiefer hinsehen muss?

Diese Erfolgskontrolle ist ja mit hohem Aufwand verbunden. Wird dieser Aufwand nur für spezielle Projekte unternommen oder grundsätzlich?

Fischer (LfU)

Zum Thema Degradation: An der Mangfall ist die stoffliche Belastung gering, auch das Interstitial ist gut durchströmt. Beides begünstigt den guten Zustand bei der Komponente Makrozoobenthos. Erfolge lassen sich aber auch für diese Komponente auf der Ebene einzelner Indizes, insbesondere solchen, die die biologische Vielfalt bewerten, erkennen. Der Schwerpunkt der Belastung liegt bei der Mangfall eindeutig in der Wiederherstellung der Durchgängigkeit. Insofern sind in diesem Fall die Fische besonders geeignet, da sie am sensibelsten auf diese Belastungsart reagieren.

Solche Untersuchungen wie vorgestellt sind exemplarisch und sollen ein Gefühl für die Wirkung von Maßnahmen vermitteln. Es wird bei diesen intensiven Untersuchungen langfristig versucht, alle Gewässertypgruppen abzudecken, z. B. die Wern stellvertretend für Keuper-Gewässer, die Donau für kiesgeprägte Ströme oder eben die Mangfall für voralpine Gewässer. Sie sollen im Weiteren grundsätzlich bei bedeutenden Maßnahmen durchgeführt werden. Daneben wird selbstverständlich ein Monitoring zur Erfolgskontrolle an allen OWK mit Maßnahmenumsetzung durchgeführt.

II Hochwasserrisikomanagement-Richtlinie (HWRM-RL)

- *Vortrag „Hochwasserrisikomanagement-Planung in Bayern“ (Christian Leeb, StMUG)*
Im Vortrag wurden die wichtigen Bausteine zur fachlichen Umsetzung der Hochwasserrisikomanagement-Richtlinie in Bayern erläutert: die vorläufige Risikobewertung, die Hochwassergefahren- und -risikokarten und die Hochwasserrisikomanagement-Pläne. Im Rahmen der Aufstellung der Hochwasserrisikomanagement-Pläne fallen umfangreiche Aufgaben an. Diese wurden für die Landesebene (Ministerien, Landesamt), die regionale Ebene (Regierungen) sowie die lokale Ebene (Städte und Gemeinden) vorgestellt. Als Fazit wurde zusammengefasst, dass die Vorgehensweise zur Aufstellung der Hochwasserrisikomanagement-Pläne im Detail noch zu erarbeiten ist. Pilotprojekte dazu laufen im IV. Quartal 2013 im bayerischen Elbeinzugsgebiet an.
- *Vortrag „Sachstand bei der Erarbeitung der Hochwassergefahren- und Hochwasserrisikokarten“ (Gabriele Merz, LfU)*
Im Vortrag wurden die Inhalte der Hochwassergefahren- und Hochwasserrisikokarten vorgestellt und die Unterschiede zwischen den Kartentypen erläutert. Es wurde erklärt, wie die Karten mit Hilfe hydraulischer Modelle am Computer erstellt werden. Des Weiteren wurde ein Überblick über die Bearbeitungsgebiete und den vorgesehenen Zeitplan für die Abwicklung der Kartenerstellung in Bayern gegeben. Eine kurze Vorstellung des Internet-Kartendienstes, über den die fertigen Karten abgerufen werden können, bildete den Abschluss.
- *Vortrag „Koordinierung des Hochwasserrisikomanagements und der Gewässerbewirtschaftung nach WRRL“ (Christian Leeb, StMUG)*
Die Wasserrahmenrichtlinie und die Hochwassermanagementrichtlinie weisen einige Verknüpfungspunkte auf. Beispielsweise beinhalten die Ziele der Wasserrahmenrichtlinie auch die „Minderung der Auswirkungen von Überschwemmungen“. Im Vortrag wurden die verschiedenen Querbezüge zwischen den Richtlinien betreffend Maßnahmenplanung/Priorisierung, Maßnahmenumsetzung, Beteiligung der Öffentlichkeit sowie Berichterstattung an die EU thematisiert. Als Fazit wurde festgehalten, dass sich bei der Umsetzung der Richtlinien durchaus Synergien ergeben können, unter anderem bei der Maßnahmenauswahl und Maßnahmenpriorisierung. Konflikte zwischen den Zielen beider Richtlinien können aber von vornherein nicht mit Sicherheit ausgeschlossen werden. Sie könnten zu einer Anpassung der Ziele für den konkreten Wasserkörper/Gewässerabschnitt nach einer der beiden Richtlinien führen.

Diskussion und Aussprache

Lintzmeyer (Verein zum Schutz der Bergwelt e.V.)

Warum wird die Hochwasserrisikomanagement-Richtlinie nur mit der Wasserrahmenrichtlinie und nicht mit Natura 2000 koordiniert? Findet keine Abstimmung mit den Naturschutz-Abteilungen innerhalb der Verwaltung statt?

Leeb (StMUG)

Natürlich wird bei der Aufstellung der Hochwasserrisikomanagement-Pläne auch der Naturschutz mit eingebunden. Allerdings warten die Mitgliedstaaten derzeit noch auf formale Vorgaben aus Brüssel – wie sie für die Verknüpfung der Wasserrahmenrichtlinie mit der Hochwasserrisikomanagement-Richtlinie sowie zwischen der Wasserrahmenrichtlinie und der FFH-Richtlinie bereits vorliegen. Ein Arbeitspapier zur systematischen bundesweiten Abstimmung liegt noch nicht vor. Es wird daher abgewartet, um nicht in die falsche Richtung zu gehen und dadurch unnötige Kosten zu verursachen.

Schmedtje (LfU)

Bei der Fertigstellung des FAQ-Papiers zur Verknüpfung der FFH-Richtlinie mit der Wasserrahmenrichtlinie im Jahr 2012 haben die Mitgliedstaaten und Verbände bereits angemerkt, dass eine Verknüpfung der wasserabhängigen Natura-2000-Gebiete mit der Hochwasserrisikomanagement-Richtlinie noch fehlt. Die Kommission hat daraufhin die Erarbeitung von Vorgaben zugesichert. Ein „Vorpreschen“ ohne Berücksichtigung der Vorgaben ist nicht sinnvoll.

Lintzmeyer (Verein zum Schutz der Bergwelt e.V.)

Was passiert, wenn eine Gemeinde die Maßnahmen aus dem Hochwasserrisikomanagement-Plan nicht umsetzt und die neuen Erkenntnisse beispielsweise nicht in den Bebauungsplan aufnimmt? Bürger werden dadurch evtl. aus für sie nicht nachvollziehbaren Gründen nicht versichert, da die Karten vorhanden aber nicht bekannt sind. Wie lässt sich das vermeiden?

Leeb (StMUG)

Das StMUG und das LfU sowie die anderen Fachressorts und die Kommunalen Spitzenverbände sind sich einig, dass Hochwasserrisikomanagement-Pläne richtig und wichtig sind. Es gibt jedoch keine rechtliche Grundlage, die Gemeinden über die bereits bestehenden gesetzlichen Maßnahmen hinaus zu Maßnahmen zu verpflichten. Im Bayerischen Wassergesetz ist lediglich vorgeschrieben, dass die Gemeinden bei der Aufstellung der Hochwasserrisikomanagement-Pläne zu hören sind. Die Kommunen sehen in der Regel jedoch ebenfalls die Notwendigkeit zur Umsetzung.

Der bereits vor der Novellierung des Wasserhaushaltsgesetzes im Jahr 2010 existierende § 78 WHG regelt die Baugebietsausweisung in Überschwemmungsgebieten. Überschwemmungsgebiete müssen bei der Änderung oder Neuaufstellung von Bebauungsplänen dargestellt werden. Ein Umweltbericht muss erarbeitet werden. Potenzielle Käufer von Grundstücken können sich bereits seit Jahren über den Informationsdienst Überschwemmungsgefährdete Gebiete (IÜG) informieren. Ein Bauherr hat also in der Regel gewisse Kenntnisse über die Hochwassersituation vor Ort. In der Praxis hat sich allerdings gezeigt, dass den Käufern andere Kriterien (z. B. Südlage) oft wichtiger sind als das Hochwasserrisiko. Versichern lässt sich trotz Hochwassergefahren in der Regel dennoch jedes Gebäude, allerdings zu höheren Beiträgen.

Paukner (Arbeitsgemeinschaft der bayerischen Fluss-Allianzen; Donau-Naab-Regen-Allianz)

Ist der Hauptnutznießer der Hochwassergefahrenkarten und Hochwasserrisikokarten nicht die Versicherungswirtschaft, da durch die Karten die Festsetzung der Prämien erleichtert wird?

Leeb (StMUG)

Hauptnutznießer der Hochwassergefahrenkarten und Hochwasserrisikokarten sind zunächst einmal die Bürgerinnen und Bürger, da sie sich nun umfassend über das eigene Risiko informieren können. Die Versicherungswirtschaft verwendet schon seit Jahren ein internes System, das sogenannte „Zonierungssystem für Überschwemmungen, Rückstau und Starkregen“ (ZÜRS). In ZÜRS ist festgelegt, in welche Versicherungsklasse ein Grundstück fällt. Danach richten sich auch die Beitragsprämien. Derzeit wird eine öffentliche Version („ZÜRS Public“) in Sachsen und Niedersachsen erprobt. Die Versicherer werden ihre eigenen Berechnungen aus ZÜRS mit den Ergebnissen der Hochwassergefahren- und -risikokarten abgleichen. Dadurch kann sich auch eine höhere oder niedrigere Risikoklasse ergeben.

Durch die Hochwassergefahrenkarten und Hochwasserrisikokarten erhalten die Bürgerinnen und Bürger eine Möglichkeit nachzuprüfen, wie hoch ihr eigenes Risiko ist und ob dieses mit der Einschätzung der Versicherung übereinstimmt. Dies bedeutet eine höhere Transparenz. Der Informationsvorsprung der Versicherungen gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern wird dadurch ausgeglichen.

Nutznießer der Hochwassergefahren- und -risikokarten sind außerdem die Städte und Gemeinden, Wirtschaftsbetriebe, Planer sowie der Katastrophenschutz. Letzterer kann seine Alarm- und Einsatzpläne durch die neuen Erkenntnisse optimieren und dadurch Einsätze effizienter gestalten.

Paukner (Arbeitsgemeinschaft der bayerischen Fluss-Allianzen; Donau-Naab-Regen-Allianz)

Welche Auswirkungen ergeben sich durch die Neuerungen für die Landwirtschaft? Sind in den bei Extremhochwasser betroffenen Gebieten Nutzungseinschränkungen (z. B. Umbruchverbot) zu erwarten und muss die Standsicherheit der Deiche erhöht werden? Wird die Fixierung auf das 100-jährliche Hochwasser aufgegeben? Forderung nach Überdenken der Fixierung auf die Gleichsetzung von „Hochwasserschutz“ und „Schutz vor HQ100“. Wie kann man die Ansiedelung von neuen stark emittierenden Betrieben verhindern?

Leeb (StMUG)

Das HQ₁₀₀ bleibt aus rechtlicher Sicht das Maß aller Dinge. Die Ausrichtung des technischen Hochwasserschutzes auf das HQ₁₀₀ ist im Landesentwicklungsprogramm festgeschrieben. Die Förderung von Maßnahmen des technischen Hochwasserschutzes in den Gemeinden orientiert sich am HQ₁₀₀. Alle wasserrechtlichen Restriktionen in Überschwemmungsgebieten (Bauleitplanung, Umbruchverbot, Lagerung wassergefährdender Stoffe) beziehen sich weiterhin auf das HQ₁₀₀.

Die Darstellung des Extremhochwassers in den Hochwassergefahrenkarten und Hochwasserrisikokarten dient als Warnhinweis und hat keine rechtlichen Folgen.

Paukner (Arbeitsgemeinschaft der bayerischen Fluss-Allianzen; Donau-Naab-Regen-Allianz)

Was ist aus den Polderplanungen geworden? Werden die Planungen trotz ihrer positiven Wirkungen im nötigen Maß fortgeführt und umgesetzt? Hat das StMUG hier immer wieder dem starken Druck des Bauernverbandes nachgegeben?

Leeb (StMUG)

Im Bereich der Polderplanungen kommt der Freistaat Bayern voran. Der Polder Weidachwiesen im Landkreis Oberallgäu wurde fertiggestellt. Der Polder Riedensheim bei Ingolstadt ist im Planfeststellungsverfahren. Der Polder Katzau hat das Raumordnungsverfahren durchlaufen, die Genehmigungsplanung ist in Vorbereitung. Für den Polder Öberauer Schleife bei Straubing soll heuer das Raumordnungsverfahren beginnen. Aufgrund der Ergebnisse des Vorentwurfs wird der Polder Bergrheinfeld bei Schweinfurt vorerst zurückgestellt. Der Polder Feldolling ist in der Planfeststellung. Der Polder Isarmünd wird nicht weiterverfolgt und stattdessen ggf. durch eine Deichrückverlegung ersetzt. Die Gestaltung des Abschnittes an der Isarmündung wird im Zuge des Hochwasserschutzes zwischen Straubing und Vilshofen in einer offenen Planung behandelt.

Schnell (Landesfischereiverband Bayern)

Werden beim Hochwasserrisikomanagement auch Synergien beim Thema Flächenvorsorge (z. B. renaturierte Gebiete) genutzt? Laut StMELF sollen beim EU-Greening ca. 7 % der Vorangflächen für die ökologische Aspekte festgelegt werden. Inwieweit wird dieser Aspekt in den Planungen berücksichtigt?

Leeb (StMUG)

Derzeit beobachten wir einen enormen Druck auf die Flächen, z. B. für den Anbau von Energiepflanzen, die Lebensmittelproduktion, die Viehwirtschaft oder auch als Kapitalanlage. Wir sind angehalten, geeignete Flächen für den Hochwasserschutz effektiv zu nutzen. Diese Flächen sollten jedoch erst möglichst spät geflutet werden, um Hochwasserscheitel effizient kappen zu können. An der Donau sollten die derzeitigen und auf das HQ₃₀ ausgerichteten Deiche trotz Neubau der Deiche für ein HQ₁₀₀ erhalten bleiben. Sie würden dann als Überlaufpolder fungieren. An anderen Stellen ist eine Deichrückverlegung sinnvoll, auch wenn dies problematisch für die Landwirtschaft ist. Dieses Konfliktfeld zwischen Naturschutz und Landwirtschaft kann nicht vollständig aufgelöst werden. Es muss eine Abwägung stattfinden.

Schnell (Landesfischereiverband Bayern)

Aufgrund der bisherigen Anlagenverordnung gibt es für Biogasanlagen mit über 500 kW Leistung unzählige Ausnahmegenehmigungen. Die Bestandsanlagen weisen teilweise Defizite auf

und es lagern dort erhebliche Mengen an Wasser gefährdenden Stoffen. Vor dem Hintergrund der Energiewende sind 1500 weitere Anlagen geplant. In wie weit werden Bestandsanlagen und die damit verbundenen Umweltrisiken in den Planungen berücksichtigt? In wie weit können sich die neuen Ergebnisse auf die Genehmigung neuer Anlagen auswirken?

Leeb (StMUG)

Das Umweltrisiko durch Wasser gefährdende Stoffe aus Biogasanlagen kann bei der Hochwasserrisikomanagement-Planung auf der lokalen Ebene unter dem Aspekt Gefährdung der Schutzgüter menschliche Gesundheit und Umwelt thematisiert werden. Hier kann das Risiko am besten abgeschätzt werden und es können geeignete freiwillige Maßnahmen getroffen werden. Es ist mir jedoch nicht bekannt, ob die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen zur Veränderung anstehen.

Schwäricke (BUND Naturschutz in Bayern e.V.)

Warum wird bei den neuen Vorgaben das Hochwasser nur als Risiko und nicht auch als Chance begriffen? Was halten Sie von der Idee, Hochwasserpotenzialkarten zu erstellen?

Leeb (StMUG)

Der Flächendruck in von Hochwasser betroffenen Gebieten ist groß und ebenfalls der damit verbundene Interessenskonflikt zwischen Naturschutz und Landwirtschaft. Die Veröffentlichung von Hochwasserpotenzialkarten mag zwar auf den ersten Blick sinnvoll erscheinen. Bei der Veröffentlichung kann es jedoch zu starken Gegenprotesten kommen. Es erscheint hier sinnvoller, zuerst interne Studien zu erstellen, auf deren Grundlage gemeinsam mit den Verbänden diskutiert werden kann, ob beispielsweise Deichrückverlegungen möglich sind. Auf diese Weise kann die frühzeitige Formierung von Widerstand gegen die Planungen eventuell verhindert werden.

Schwäricke (BUND Naturschutz in Bayern e.V.)

Sie sprechen viel von aktiver Beteiligung. Warum wurden die Verbände beim Wasserforum zum wiederholten Male nur informiert? Wie wäre es, wenn Sie vorher bei den Verbänden abfragen würden, welche Themen sie bewegen und den Beteiligten somit eine mehrmalige „Berieselung“ ersparen?

Leeb (StMUG)

Die Beteiligung im Zuge der Aufstellung von Hochwasserrisikomanagement-Plänen wird anders aussehen, als die heutige Veranstaltung. Es wird konkrete Karten und Maßnahmenkataloge geben, über die die Beteiligten offen diskutieren können.

Barnikel (Bayerischer Kanuverband)

Im Alpenraum gibt es eine Vielzahl von Planungen zu Naturrisiken, die für einen interessierten Laien teilweise schwer zu überblicken sind: z. B. „Einzugsgebiete in Alpinen Regionen“ (EGAR), der „Informationsdienst Alpine Naturgefahren“ (IAN) und der „Informationsdienst Überschwemmungsgefährdete Gebiete“ (IÜG). Ist angedacht, die vielen Überschneidungen und Graubereiche zu beseitigen?

Leeb (StMUG)

Ein erster Versuch, die Informationsdienste für die Öffentlichkeit zusammenzuführen, wurde bereits umgesetzt. Mit der „Bayerischen Plattform Naturgefahren“ wurde eine gemeinsame Plattform geschaffen, auf der IAN, HND, IÜG etc. entsprechend verlinkt sind. Allerdings gibt es nach wie vor verschiedene Informationsdienste, die sich auf unterschiedliche Naturgefahren beziehen. Diese Dienste sind über Jahre hinweg gewachsen, wodurch es auch zu Überschneidungen kommt.

Durch die Aufnahme der Hochwassergefahrenkarten und Hochwasserrisikokarten in den IÜG wird bereits eine Vereinheitlichung geschaffen. Die Überschwemmungsgebiete und die Hochwassergefahren und -risikokarten werden dort gemeinsam in einem Kartendienst dargestellt. Wildbäche sind ebenfalls enthalten. Die Zusammenführung mit den anderen Diensten ist eine mittel- bis langfristige Perspektive.

Anlage: Teilnehmerliste

Anlage zum Protokoll

Teilnehmerliste 13. Wasserforum Bayern

Name	Vorname	Organisation
Amann	Nanni	LfU
Arzet, Dr.	Klaus	StMUG
Auerbach	Kristin	Bayerische Elektrizitätswerke GmbH
Barnikel	Horst	Bayerischer Kanuverband
Barth, Dr.	Doris	Bayerischer Gemeindetag
Becker	Michael	
Beckmann, Dr.	Thomas	Wasser- und Schifffahrtsdirektion Süd
Benthaus	Beate	Rhein-Main-Donau AG, Leiterin Personal und Recht
Bittl, Dr.	Thomas	WWA Rosenheim
Dallmeier	Johann	Regierung von Schwaben, SG 52
Draxler	Bertram	Stadtwerke München Services GmbH
Fischer, Dr.	Folker	LfU
Ganslmeier	Claudia	Bayerischer Städtetag
Grambow, Prof. Dr.	Martin	AL5
Grebmayer	Thomas	LfU
Haas, Dr.	Bettina	StMUG
Hausssel	Erich	Regierung von Oberfranken
Heinle, Dr.	Franz-Xaver	Regierung von Schwaben, SG 52
Hendreschke	Marko	LfU
Henschel, Dr.	Thomas	LfU
Hopf	Günter	LfU
Kaul	Ulrich	LfU
Kiver	Jan	Rhein-Main-Donau AG, Leiterin Personal und Recht
Klocke	Ralf	Bayerische Elektrizitätswerke GmbH
Knopp, Dr.	Gertrud	Mangfall-Allianz, Bund Naturschutz Kreisgruppe Rosenheim
Knübel	Antonia	LfU
Kolbinger	Andreas	LfU
Kraier	Wolfgang	LfU
Kring	Mathias	IHK Schwaben
Leeb	Christian	StMUG
Lenz	Johann	Wacker Chemie AG
Lintzmeyer, Dr.	Klaus	Verein zum Schutz der Bergwelt
Loy	Georg	Verbund Innkraftwerke GmbH
Lucas, Dr.	Joachim	MVV IGS Gersthofen GmbH
Lucas, Dr.	Joachim	MVV Enamic IGS Gersthofen GmbH
Malcharek, Dr.	Alexander	StMELF
Merz	Gabriele	LfU
Neumann	Alexander	LfU
Nüßlein	Friedrich	Bayerische Landesanstalt für Inadwirtschaft, Institut für Ökologischen Landbau, Agrarökologie und Bodenkultur
Orschler	Christian	Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft/E.ON Wasserkraft GmbH

Name	Vorname	Organisation
Paukner, Dr.	Josef	Donau-Naab-Regen-Allianz/ Arbeitsgemeinschaft bayerischer Fluss-Allianzen
Rapp, Dr.	Christoph	Stadtwerke München Services GmbH
Reich	Steffen	Dt. Alpenverein
Renner	Rolf	Bayerischer Kanuverband
Röder	Anna	Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung Bayern (ANU)
Ruff	Tobias	Bezirk Schwaben Fischereifachberatung
Schillinger	Jürgen	Wasser- und Schifffahrtsamt Regensburg
Schmedtje, Dr.	Ursula	Ref. 82
Schmitz	Bernhard	RMD Wasserstraßen GmbH
Schnell	Johannes	Landesfischereiverband Bayern e.V.
Schoberer	Raimund	Regierung der Oberpfalz
Schöler	Klaus	Verbund Innkraftwerke GmbH
Schönauer	Sebastian	BUND Naturschutz in Bayern e.V.
Schwäricke	Renate	BUND Naturschutz in Bayern e.V.
Schweigert	Susanne	LfU
Seitz, Dr.	Gunther	Regierung von Niederbayern
Stockbauer	Wolfgang	LfU
Thums	Stefan	Regierung Unterfranken
Wolf	Albert	StWIVT, Referat Umweltfragen, Kohle und Mineralölversorgung
Zauner	Franz	Verbund Innkraftwerke GmbH
Zipfer	Maria	Bayerischer Bauernverband